

Die Klassendiktatur der Menopolbourgeoisie

Im Kapitalismus: Kampf um das Recht auf Arbeit

Mehr als 90 Jahre sind vergangen, seit Friedrich Engels im Vorwort zur englischen Ausgabe des „Kapitals“ am 5. November 1886 die Worte schrieb: „Die ersehnte Periode der Prosperität will nicht kommen; sooft wir die sie ankündigenden Symptome zu erblicken glauben, sooft verschwinden sie wieder in der Luft. Inzwischen stellt jeder folgende Winter erneut die Frage: ‚Was tun mit den Arbeitslosen?‘⁴ Aber während die Zahl der Arbeitslosen von Jahr zu Jahr anschwillt, ist niemand da, um diese Frage zu beantworten; und wir können den Zeitpunkt beinahe berechnen, wo die Arbeitslosen die Geduld verlieren und ihr Schicksal in ihre eigenen Hände nehmen werden.“¹

In der Tat: Die Geißel der Arbeitslosigkeit ist so alt wie

der Kapitalismus selbst. Und wir erleben nun schon wieder einmal seit Jahren, wie sich in der kapitalistischen Welt die Prognosen und Gutachten einzelner Theoretiker und Politiker oder „wissenschaftlicher“ Institute häufen, in denen ein Nachlassen der Arbeitslosigkeit oder auch ein weiteres Steigen vorausgesagt wird. Trotz unterschiedlicher Voraussagen ist man sich jedoch darüber einig, daß das Millionenheer der Arbeitslosen auch in den nächsten Jahren bleiben wird.

Angesichts der zunehmenden sozialen Unsicherheit nehmen die Forderungen der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen nach konkreten Schritten zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit, zur Sicherung der Arbeitsplätze und Durchsetzung des Rechts auf Arbeit zu.

Zentrale Forderung: Recht auf Arbeit verwirklichen

Analysiert man die Kampffaktionen der Werktätigen der kapitalistischen Länder und deren Inhalt in den letzten Jahren und Monaten, so ist zweifellos die Forderung nach Realisierung des Rechts auf Arbeit, das in den sozialistischen Ländern wie alle Grundrechte garantiert ist, in den Vordergrund getreten. So hob die Kommunistische Partei der USA in einer Erklärung zu den weiteren Aufgaben des Kamp-

f es der Arbeiterklasse nach den Präsidentschaftswahlen hervor: „Die dringendste Aufgabe ist gegenwärtig der Kampf um Arbeitsplätze!“

In Frankreich war der 23. Oktober 1976 ein Kampftag gegen Arbeitslosigkeit, zu dem die Gewerkschaften CGT und CFDT, der Lehrerverband FEN, alle Parteien der Linksunion, die Christliche Arbeiterjugend, Studentenverbände und andere Organisationen

aufgerufen hatten. Der „nationale Streiktag“ dieses Jahres - der 24. Mai - stand ebenfalls ganz im Zeichen des Kampfes um die Durchsetzung des Rechts auf Arbeit.

In Großbritannien beteiligten sich 1976 an den Aktionen gegen die Massenarbeitslosigkeit die Vertreter und Mitglieder von 40 Einzelgewerkschaften. Eine Welle von Streiks, an denen sich jeweils zwischen zwei und 18 Millionen Werktätige beteiligten, erfaßte 1976 auch Italien.

An der Frühjahrsoffensive der japanischen Werktätigen waren 1977 mehr als vier Millionen kämpfende Arbeiter und Angestellte beteiligt. Der Kongreß des Kommunistischen Jugendverbandes Dänemarks forderte ebenso wie die Konferenz von 34 schwedischen Jugendorganisationen sichere Arbeits- und Ausbildungsplätze. Hunderttausende spanische Arbeiter streikten in diesem Frühjahr.

In einigen kapitalistischen Ländern besetzten Arbeiter die von den Unternehmern stillgelegten Betriebe und führten die Produktion unter eigener Regie weiter. Junge Arbeiter ketteten sich an die Tore von Unternehmer-Zentralen und forderten auf diese drastische Weise ihr Recht auf Arbeit.

Der Kampf für das Recht auf Arbeit tritt auch in der BRD immer stärker in den Mittelpunkt der derzeitigen Klassenauseinandersetzungen. Im Aufruf des DGB zum 1. Mai 1977 wurde unter anderem „die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit, menschengerechte Arbeitsplätze für alle, Realisierung des Rechts auf Bildung und Ausbildung“ gefordert. Ursache der verschärften Klas-